

Corona – Unternehmen und Menschen brauchen eine Perspektive

Wirtschaften mit und nach Corona

Corona – Unternehmen und Menschen brauchen eine Perspektive

Die Corona-Pandemie trifft Ostwestfalens Wirtschaft hart. Vier Monate der staatlich verordneten Schließung liegen hinter den Unternehmen der Gastronomie, Hotellerie und etlicher Dienstleister, zweieinhalb Monate hinter weiten Teilen des Einzelhandels. Staatliche Hilfsprogramme kommen verspätet, reduziert oder gar nicht bei den Unternehmen an. Die Liquidität ist in vielen Betrieben kritisch, die Reserven sind vielfach aufgebraucht. Das Insolvenzrisiko in den geschlossenen Branchen steigt mit jedem weiteren Tag des Stillstands.

Bisher war die Industrie ein stabilisierender Faktor in der Krise. Mit zunehmender Dauer der Schließung im Handel sind aber auch für die (Konsumgüter-) Industrie die Vertriebswege blockiert. So sind exemplarisch die Küchenmöbel- und Bekleidungsindustrie, aber auch andere Branchen, zunehmend stark beeinträchtigt. Das Virus infiziert immer mehr Branchen.

Am 10. Februar wurde von der Politik eine Verlängerung des Lockdowns bis zum 7. März beschlossen. Das angekündigte und vereinbarte „Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie nach dem 14. Februar“ wurde dagegen nicht vorgelegt. Stattdessen wurde eine vage Aussicht auf Öffnung bei Erreichen einer „stabilen“ Inzidenz von 35 in Aussicht gestellt.

Nach fast einem Jahr Corona-Krise und monatelangem zweiten Lockdown ist diese Ankündigung viel zu dürftig. Die Unternehmen brauchen jetzt eine Perspektive – eine Öffnungsperspektive! Nicht nur für die Zeit nach Corona, sondern auch für die Zeit mit Corona. Denn inzwischen dürfte klar sein, dass die Pandemie die Wirtschaft und Gesellschaft über das Jahr 2021 hinaus prägen wird.

Die ostwestfälische Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung in Zeiten der Pandemie bewusst. Unser aller Interesse sind sinkende Infektionszahlen. Viel zu hoch sind nach wie vor die Belastungen für das Gesundheitssystem und die Zahl der Verstorbenen. Die Risiken der Virusmutationen sind erheblich. Allerdings kann es im Umkehrschluss genauso wenig richtig sein, die Öffnungsszenarien erst dann zu diskutieren, wenn die Zahlen nahe Null sind. Es müssen Bedingungen definiert werden, unter denen die Unternehmen ihren Geschäften wieder nachgehen können. Sonst sind die wirtschaftlichen Kollateralschäden zu gewaltig und unumkehrbar.

Konkret fordert die ostwestfälische Wirtschaft:

1. Das Konzept einer schrittweisen, differenzierten und verantwortbaren Öffnungsstrategie muss dringend erarbeitet, diskutiert und verabschiedet werden.
2. Ab dem 8. März müssen erste Öffnungsschritte für Branchen mit geringen Kontaktintensitäten erfolgen. Eine Verlängerung des pauschalen Lockdowns über den 7. März hinaus darf es nicht geben.
3. Die differenzierte Öffnungsstrategie muss sich an klaren Kriterien, Kennzahlen und Inzidenzwerten orientieren, um für Unternehmen, Ordnungsbehörden und Kunden eindeutig, planbar und kontrollierbar zu sein. Wettbewerbsverzerrungen sind zu vermeiden.
4. Sichere Schnell- und Selbsttests müssen schnellstmöglich flächendeckend zur Verfügung stehen. Sie sind ein geeignetes Instrument zur Verringerung des Infektionsrisikos. Außerdem müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Impfstrategie anzupassen und kurzfristig ein Impfangebot für alle zur Verfügung zu stellen.
5. Digitale Anwendungen zur Legitimation (Ticketsysteme, Registrierungssysteme, digitaler Coronapass) sind voll auszuschöpfen, um die Öffnung dauerhaft abzusichern.
6. Mit dem Öffnungsszenario ist ein Perspektivplan zu definieren, um einen weiteren Lockdown – auch bei einem Wiederanstieg der Infektionszahlen – abzuwenden.
7. Die Unternehmen haben in den Phasen des ersten und zweiten Lockdowns Infektionsschutzpläne erarbeitet, weiterentwickelt und Schutzmaßnahmen umgesetzt, um das Risiko für Kunden und Mitarbeitende zu minimieren. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst und deshalb aufgeschlossen gegenüber weitergehenden Maßnahmen, wie z. B. Kundenrückverfolgung, Einsatz von Luftfilteranlagen, Schnelltests oder Fiebermessgeräten.
8. Die Innenstädte sind von der Corona-Pandemie in besonderem Maße betroffen. Sie bedürfen der verstärkten Aufmerksamkeit und Anstrengungen aller Akteure. Alle Maßnahmen der Attraktivitätssteigerung sind hilfreich, die Symbiose des Handels, der Dienstleister, der Gastronomie, der Freizeit- und Kultureinrichtungen zu stärken.
9. Hilfen ohne Hürden: Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Unternehmen lange auf die Gelder aus den Corona-Hilfsprogrammen warten mussten. Es darf keine weiteren Verzögerungen bei den Auszahlungen geben. Die Gelder müssen schneller in den Betrieben ankommen und in direktem zeitlichen Zusammenhang zu den Umsatzausfällen stehen. Die Förderbedingungen müssen verständlicher und verlässlicher werden.
10. Hilfen für die, die durchs Raster fallen: Viele Unternehmen erfüllen aus den verschiedensten Gründen nicht die Förderbedingungen der staatlichen Wirtschaftshilfen. Die Förderkriterien bilden bei weitem nicht die Vielfalt des Wirtschaftslebens ab. Viele erhalten deshalb keine oder zu wenig Hilfen, obwohl sie sich ohne eigenes Verschulden - unternehmerisch und privat - in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Diese Unternehmen dürfen nicht zu den Verlierern der Pandemie werden. Auch sie brauchen kurzfristig Liquidität und langfristig eine Finanzierungsperspektive, um den Fortbestand abzusichern.
11. Hilfen für den Neustart: Für die Zeit des Wiederhochfahrens brauchen die Unternehmen finanzielle Handlungsspielräume, denn auch der Neustart wird zum Kraftakt. Ein „Öffnen und weiter geht es“ wird für viele Betriebe nicht möglich sein. Während die Corona-Hilfsprogramme vorrangig auf Schadensbegrenzung ausgerichtet sind, benötigen die Unternehmen für den Neustart eine finanzielle Perspektive.